



Secrétariat parlementaire
Ratssekretariat

6^e procès-verbal du Conseil de ville / 6. Stadtratsprotokoll

Séance du jeudi 15 mai 2014 à 18 heures

Sitzung vom Donnerstag, 15. Mai 2014, 18.00 Uhr

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Présents / Anwesend:

Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Bohnenblust Peter, Bohnenblust Simon, Bord Pascal, Bösch Andreas, Brassel Urs, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Dillier Adrian, Donzé Pablo, Dunning Samantha, Esseiva Monique, Fischer Pascal, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Glenda, Grupp Christoph, Güdel Martin, Gugger Reto, Güntensperger Nathan, Habegger Hans Peter, Habegger Markus, Hamdaoui Mohamed, Haueter Joël, Hügli Daniel, Jean-Quartier Caroline, Känzig Urs, Kaufmann Stefan, Löffel Christian, Molina Franziska, Moser Peter, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pauli Mélanie, Pichard Alain, Rindlisbacher Hugo, Rüfenacht Martin, Scherrer Martin, Schneider Sandra, Schor Alfred, Simon Fatima, Steinmann Alfred, Stöckli Schwarzen Heidi, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Sylejmani Ali, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Thomke Friedrich, Treu Hervé, Wiederkehr Martin, Wiher Max

Absence(s) excusée(s) / Entschuldigt:

Gurtner-Oesch Sandra, Hadorn Werner, Pittet Natasha, Trchsel Alessandro, Vuille André

Représentation du Conseil municipal / Vertretung des Gemeinderates:

Erich Fehr, maire de Bienne

Conseillers municipaux / Conseillères municipales: Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal / Entschuldigt Gemeinderat:

-

Présidence / Vorsitz:

Daniel Suter, président du Conseil de ville

Secrétariat / Sekretariat:

Regula Klemmer, secrétaire parlementaire

Affaires traitées / Behandelte Geschäfte	Page / Seite
86. Approbation de l'ordre du jour	202
87. Communications du Bureau du Conseil de ville	202
88. Approbation du procès-verbal (19 septembre 2013 / n° 10).....	202
89. 20090300 Mesures de construction urgentes pour l'école du Sahligut et assainissement de l'aula / Crédit d'engagement	202
• Motion d'ordre.....	208
90. Postulat 20130371, Martin Rüfenacht, Groupe FDP/PRR/EVP/EDU, "Places de stationnement temporaires à l'entrée des Gorges du Taubenloch"	208
91. Motion urgente interpartis 201400025, Reto Gugger, PBD, André Vuille, PPB, Martin Rüfenacht, FDP, Christian Löffel, PEV, "Obtenir des baisses de loyers"	211
92. Postulat 20130406, Salome Strobel, Groupe socialiste, "Pour un développement régional bilingue fort"	215
93. Postulat 20130407, Christoph Grupp, Les Verts, "Adhésion au réseau "Blue Community" "	217
94. Interpellation 20130404, Dana Augsburger-Brom, Caroline Jean-Quartier et Daniel Hügli, Groupe socialiste, "Salaires minimaux contraignants - conséquences au niveau communal"	223
95. Interpellation 20130405, (Roland Gurtner, Passerelle) Dana Augsburger-Brom, SP, "Pratique de naturalisation de la Ville de Bienne"	224
96. Interpellation 20130409, Sandra Schneider, UDC, "Les lutteurs et les recrues du sport d'élite sont-ils encore bienvenus à Bienne "Ville du sport"?"	227
97. Nouvelles interventions	228

Suter Daniel, président du Conseil de ville: Je vous souhaite une cordiale bienvenue et ouvre la 6^{ème} séance du Conseil de ville.

Vous trouvez sur vos tables:

- Flyer "Les petits débarquent", Fête de l'encouragement précoce Bienne le 17 mai 2014
- Flyer "Robifest" du 24 mai 2014 (une collecte sera organisée pendant la séance)
- Rapport annuel 2013 Spitex Biel-Bienne Regio

86. Approbation de l'ordre du jour

L'ordre du jour est approuvé tacitement.

87. Communications du Bureau du Conseil de ville

Suter Daniel, président du Conseil de ville: Le Groupement des femmes parlementaires (RDCo 151.21, Art. 3a) a décidé de se dissoudre le 1^{er} avril 2014.

88. Approbation du procès-verbal (19 septembre 2013 / n° 10)

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Herrn Briechle als aufmerksamem Leser ist aufgefallen, dass dem Ratssekretariat auf Seite 483/484 bei den Abstimmungen ein Fehler unterlaufen ist. So hat es die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) auf Französisch irrtümlicherweise als PVL bezeichnet. In Tat und Wahrheit ist das aber auf Französisch der Parti Bourgeois Démocratique, also mit der Abkürzung PBD. Das Ratssekretariat entschuldigt sich für diesen Fehler.

Le procès-verbal n° 10 est approuvé tacitement avec cette modification.

89. 20090300 Mesures de construction urgentes pour l'école du Sahligut et assainissement de l'aula / Crédit d'engagement

Scherrer Martin, GPK: Am 6. Juni 2013 genehmigte der Stadtrat den Projektierungskredit für das Sahligut. Nun liegt ihm der Antrag für den Verpflichtungskredit vor. Vor einem Jahr gab der Stadtrat dem Gemeinderat zwei Botschaften mit: Einerseits hob er die Bedeutung des Schulhauses, insbesondere der Aula, hervor. Es sei wichtig, diese zu sanieren. Andererseits verlangte er, die Sanierung müsse mit Kostenbewusstsein erfolgen. Angesichts der finanziellen

Situation der Stadt solle nicht auf Sonderwünsche eingegangen werden. Die GPK kam beim Studium der Vorlage, die wir heute zu behandeln haben zum Schluss, dass der Gemeinderat in seiner Vorlage beide Aspekte berücksichtigt und eingehalten hat.

Das Geschäft lässt sich in zwei Bereiche unterteilen, einerseits die Sanierung der Aula, andererseits die Sanierung des restlichen Schulhauses. Die Aula ist die grösste in der Stadt. Sie wird auch von anderen Schulen genutzt, an mindestens 40 Wochenenden pro Jahr zudem von verschiedenen Vereinen und Organisationen. Der Gemeinderat schlägt vor, rund CHF 2 Mio. in dieses Gebäude zu investieren. Dadurch erhält Biel aber keine neue Aula. Das Projekt beschränkt sich auf das Notwendige. Einerseits sollen Schäden - z.B. defekte Fenster oder Storen - behoben werden, andererseits soll die Bühne samt Bühnentechnik und Beleuchtung erneuert werden. Die Einrichtung ist nicht mehr zeitgemäss. Die Aula ist 45-jährig. Diese Zeit hat ihre Spuren hinterlassen. Eine Sanierung ist notwendig, damit die Aula weiterhin genutzt werden kann. Ein weiterer Punkt ist die Küche. Die Küche ist noch im Originalzustand, also 45-jährig. Sie muss komplett erneuert werden. Sie ist nicht mehr nutzungskonform, bietet keine Kühlmöglichkeiten und ist auch für Catering nicht mehr nutzbar. Es wird aber keine Schulküche. Sie wird auf ein Minimum beschränkt und auch nicht vergrössert. Ein weiterer Punkt ist die Galerie, die den aktuellen Belastungen nicht mehr standhält. Wenn nichts gemacht wird, muss sie geschlossen werden. Angesichts der Nutzung ist es sicher richtig, auch die Galerie zu sanieren. Es ist keine Energiesanierung geplant. Aber die Lüftung wird revidiert, womit etwa 20% Strom eingespart werden können. Und die sanierte Aula soll den Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes (SR 151.3) genügen. So soll eine behindertengerechte Toilette eingebaut und der Aussenbereich behindertengerecht gestaltet werden.

Auch das Schulhaus soll für rund CHF 2,5 Mio. saniert werden. Dabei geht es insbesondere darum, Schäden an der Fassade zu beheben. Wenn das nicht jetzt gemacht wird, würden sich die Schäden exponentiell vergrössern, und die Sanierung wäre in ein paar Jahren viel teurer. Das ist keine sinnvolle Sparmassnahme. Zudem müssen die Geländer und die Brandschutzmassnahmen angepasst werden. Sie sind nicht mehr gesetzeskonform. Gerade der Brandschutz zieht viele Massnahmen an Fenstern und Türen nach sich. Die GPK hat das vorliegende Geschäft geprüft und auch überlegt, ob auf diese Sanierung verzichtet, oder ob sie erst später gemacht werden könnte. Sie kam zum Schluss, dass ein Verzicht oder eine Verschiebung die Probleme und die Kosten nur vergrössern respektive erhöhen würde. Bei den jetzt zu treffenden Massnahmen geht es um zwingend notwendige Sofortmassnahmen. Die GPK empfiehlt dem Stadtrat Zustimmung zum vorliegenden Verpflichtungskredit.

Löffel Christian, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Die Sanierungsbedürfnisse sind ausgewiesen. Unsere Fraktion kann die Argumente der GPK nachvollziehen und wird dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen. Unsere Fraktion hat sich allerdings gefragt, weshalb mit solchen Sanierungen immer gewartet wird, bis externe Behörden Mängel beim Brandschutz oder in anderen Sicherheitsbereichen kritisieren. Regelmässig hat der Stadtrat bei der Genehmigung von solchen Verpflichtungskrediten das Messer am Hals. Das finde ich schade. Wer in den letzten Jahren in einem dieser Gebäude war, weiss genau, dass etwas unternommen werden muss. Wenn solche Sanierungen in Zukunft zwei oder drei Jahre früher angegangen würden, stünde für die Planung etwas mehr Zeit zur Verfügung, und

vielleicht könnten die eine oder andere Etappe zusammengefasst und der Bau vereinfacht werden. Die Etappierung dürfte aber auch einen Zusammenhang mit den Finanzen haben. Unsere Fraktion versteht nicht, dass die Etappe 3, also die energietechnische Sanierung der Gebäudehülle, um fünf bis sieben Jahre nach hinten verschoben werden soll. Für Biel heisst das dann wohl 10 bis 12 Jahre... Diese Gebäude sind energietechnische Durchlauferhitzer. Die Wärme entweicht durch Fenster und Ritzen. Obschon die Finanzen im Vordergrund stehen, wäre es sinnvoll, die energetische Sanierung möglichst bald anzupacken. Ansonsten dankt unsere Fraktion für den ausführlichen Bericht.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP: Als Jugendlicher hatte ich Freude, als in diesem Quartier eine Entwicklung stattfand und neu gebaut wurde. Das Schulhaus setzte im Quartier einen Akzent. Später durfte ich einmal darin unterrichten. Dann gingen aber schon die ersten Reparaturen, Sanierungen und Flickarbeiten los. Für die ersten Arbeiten wurde also nicht 45 Jahre zugewartet. Die Dächer mussten bereits mehrmals saniert werden, weil sie nicht dicht waren. Auch der Stadtrat durfte bereits mehrmals über das Sahlgut diskutieren. Das geht bis in eine Zeit zurück, als ich noch nicht im Stadtrat war, sondern als Lehrperson aktiv werden musste. Es ist also nicht zu lange gewartet worden. Vieles wurde bereits getan. Bei anderen Schulhäusern besteht auch Handlungsbedarf, wie diese Woche der Presse zu entnehmen war. Im Battenberg habe ich auch schon unterrichtet. Diese Schulzimmer musste ich einmal als unbenutzbar erklären, weil die Energieversorgung unzulänglich war und sich Schimmelpilz bildete. In der Spezialfinanzierung für den Neubau und Unterhalt der städtischen Schulgebäude (SGR 430.91) wurde Geld zur Seite gelegt, dank dem auch immer wieder saniert werden kann. Unsere Fraktion findet die vorgeschlagene Etappierung sinnvoll, weil dadurch das vorhandene Geld auf mehrere Schulhäuser verteilt werden kann, so dass sie sukzessive wieder auf einen der Stadt Biel würdigen Standard gebracht werden können. Das Sahlgutschulhaus braucht diesen Kredit dringend. Die Sanierung ist eine Minimalvariante, wie die GPK bereits ausführlich erläutert hat. Unsere Fraktion steht einstimmig dahinter und hofft natürlich, dass die nächsten Etappen nicht erst in 10 oder 15 Jahren ausgeführt werden, sondern dass die Finanzen tatsächlich wie im Bericht beschrieben ausreichen werden.

Freuler Fritz, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne stimmt dieser Sanierung zu und dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für diese gut vorbereitete Vorlage. Auf Einladung der Direktion Bau, Energie und Umwelt konnten die Stadtratsmitglieder vor Ort die baulichen Sofortmassnahmen begutachten und erhielten von den dort anwesenden Fachleuten der zuständigen Direktion und den Architekten Antworten auf die wichtigsten Fragen. Zum Projekt haben der Sprecher der GPK und meine Vorredner bereits vieles erwähnt. Ich will nicht unnötig wiederholen und halte mich kurz. Dass ein 45 Jahre altes Gebäude saniert werden muss, ist klar. Wenn es sich dazu noch um eine absolut wichtige Anlage mit einer sinnvollen Nutzung handelt, ist es keine Frage mehr, dass hier renoviert werden muss. Die Frage ist lediglich, wie. Der Gemeinderat schlägt vor, die Gesamtsanierung in vier Etappen auszuführen. Unter den heutigen finanziellen Rahmenbedingungen ist dies die bestmögliche Vorgehensweise. Die 1. Etappe, über die der Stadtrat vorliegend beschliessen soll, beschränkt sich auf Sofortmassnahmen, um einerseits einen Zerfall der Baumaterie zu verhindern und andererseits die Sicherheit der Schulkinder und der anderen Nutzenden der Anlage zu gewährleisten. Es sind dies zwingende Massnahmen, die seit mehreren Jahren bekannt sind und endlich ausgeführt werden müssen. Die

Kosten belaufen sich auf CHF 4,5 Mio. und basieren auf einem detaillierten Kostenvoranschlag, der dem Stadtrat vorliegt. Gegenüber der Kostenschätzung für den Projektionskredit liegt der Kostenvoranschlag etwas höher, aber im Rahmen. Für die immer wieder im Rat diskutierten Honorare unter BKP 29 von rund CHF 900'000 hat die zuständige Direktorin noch eine mündliche Präzisierung nach Fachgruppen versprochen. Für diese Zusatzinformation danke ich im Voraus. Wie zu Beginn erwähnt, konnte der Stadtrat auf Einladung des Gemeinderats das Schulhaus mit der Aula besichtigen. Das Gebäude, die Bauweise mit teilweise guten Materialien, aber auch die Nutzung konnten mich überzeugen. Bei dem auch anwesenden Schulleiter und dem Hauswart konnte man gut wahrnehmen, mit welchem Engagement und Herzblut sie in dieser Anlage seit Jahren arbeiten und sich fragen, wann das Schulhaus und die Aula endlich saniert werden. Hier stellt sich die Frage an die Politik, die auch Herr Löffel bereits aufgeworfen hat: Warum lassen wir zu, dass unsere Schulhäuser nicht rechtzeitig umfassend saniert werden? Ich denke dabei auch an die Energie. Warum müssen Sofortmassnahmen ergriffen werden, um weitere Schäden mit Folgekosten zu verhindern? Wie würden sich die politischen Gremien bei einem Ereignis, das die Sicherheitsaspekte tangiert, rechtfertigen? Wie ist es möglich, dass seit 10 Jahren immer wieder die städtischen Einnahmen, also die Steuern, gesenkt werden? Was ist das für eine Finanzpolitik, die es nicht erlaubt, die Vermögenswerte der Stadt vernünftig zu erhalten? Fragen über Fragen, die mir nach Besichtigung des Schulhauses und der Aula durch den Kopf gingen. Heute Abend kann nichts Anderes oder Besseres getan werden, als der Vorlage für die Sofortmassnahmen an der Schulanlage Sahligut zuzustimmen. Ich hoffe, dass der nächsten Einladung der Direktion Bau, Energie und Umwelt zu einer Besichtigung mehr Stadtratsmitglieder folgen werden, als dies vor zwei Wochen der Fall war. Für die eine oder den anderen könnten solche Besichtigungen für die kommende Budgetdebatte neue Einsichten bringen. Die Stadt benötigt die finanziellen Mittel, um die Schulhäuser effizient und nachhaltig sanieren zu können. Die Schulkinder, Eltern, Lehrpersonen und die Bieler Bevölkerung haben ein Recht darauf.

Bohnenblust Simon, Fraktion GLP: Alle Massnahmen der 1. Etappe sind zwingend notwendig, ein Verzicht darauf käme einer direkten Vernichtung der Substanz gleich. Auch bei dieser Sanierung stellt sich allerdings die Frage nach dem Umgang mit städtischem Vermögen und dem Werterhalt der städtischen Liegenschaften. Unsere Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen. Selbstverständlich muss das Wohl der Kinder im Vordergrund stehen. So sind einerseits Brandschutzmassnahmen geplant, andererseits aber auch die längerfristige Entfernung von schadstoffhaltigen Elementen. Unsere Fraktion begrüsst es, dass die Technik des meistgenutzten Saals der Stadt soweit in Stand gesetzt wird, dass die Installationen das Wort "Technik" wieder verdienen. Im Weiteren begrüsst sie es, dass die Bedürfnisse des Schulbetriebs schwergewichtig im Vordergrund stehen werden. Zudem nimmt sie erfreut zur Kenntnis, dass trotz der wenigen Eingriffe in die Gebäudehülle im Wärmebereich in der 1. Etappe bereits Einsparungen von 20% erzielt werden können. Unklar ist bis heute, ob die Erdbebensicherheit der Anlage gegeben ist. Dieser Bericht ist noch ausstehend. Eventuell weiss die zuständige Direktorin bereits mehr.

Bord Pascal, Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés soutient ce projet. Le dossier est solide et les besoins sont établis. Toutefois, il s'agit d'un gros montant. À quand le prochain gros paquet à plusieurs millions? Pendant la

législature précédente, on a préféré dépenser pour des choses un peu moins indispensables et cela nous laisse un peu amers. Mais, c'est une bonne chose, que le Conseil de ville prenne maintenant de nouveau ses responsabilités. Il était temps!

Dillier Adrian, SVP: Es ist interessant zu hören, wie sich alle über versäumten Unterhalt empören. Warum wurde dieser nicht gemacht? Wahrscheinlich, weil einfach kein Geld da war. Warum war kein Geld da? Weil unnütze Projekte auf die Beine gestellt und durchgezogen werden. Nun müssen Prioritäten gesetzt werden, dann können die wichtigen und unentbehrlichen Infrastrukturen wie Schulhäuser, Strassen etc. unterhalten werden.

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Wenn ich richtig verstanden habe, ist die heutige Rampe etwas zu steil, weshalb dort ein Behindertenlift installiert werden soll. Warum wird dieser Behindertenlift nicht beim Eingang F montiert, der ins Foyer führt? Dort könnte der Lift innen montiert werden. Damit wäre man rascher am Trockenen und der Lift wäre besser gegen Vandalismus geschützt.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Besten Dank für die grundsätzlich gute Aufnahme dieses Geschäfts. Ich möchte allen danken, die sich die Mühe nahmen, die Anlage vor Ort zu besichtigen. Eine Besichtigung kann ein tieferes Wissen zu einem Geschäft vermitteln. Es ist unbestritten, dass die geplante Sanierung nötig ist. Nun steht noch die Frage nach der Etappierung im Raum. Der Gemeinderat schlägt heute eine erste Etappe vor und zeigt auf, wie die weiteren Etappen angedacht sind, wieviel sie in etwa kosten werden, und wann sie geplant sind. Warum also eine Etappierung und nicht eine Totalsanierung von CHF 35 Mio.? Mit der Sanierung des Schulhauses Châtelet ist bereits ein sehr grosses Projekt in Umsetzung, das die Stadt jährlich CHF 10 Mio. kostet. Es kann nicht parallel und in relativ kurzer Frist wieder ein ähnlich hoher Betrag ausgegeben werden. Die Etappierung wird also vor allem aus finanziellen Gründen vorgeschlagen. Das Sahligut ist nicht die einzige Schulanlage mit hohem Sanierungsbedarf. Ich denke an die Schulhäuser Dufour, Platane, aber auch Linde. In der Investitionsplanung wird ausgewiesen, wann der Gemeinderat diese Sanierungen angehen will. Vorerst priorisiert der Gemeinderat die Sofortmassnahmen Sahligut samt Aula. Herr Wiederkehr sagte richtig, dass im Sahligut in den letzten Jahren nicht nichts gemacht wurde. Immer wieder wurden punktuelle Verbesserungen vorgenommen. In diesem Sinn wurde auch der Unterhalt nicht vernachlässigt. Bei der heute vorgeschlagenen Sanierung geht es auch nicht nur um aufgestauten Unterhalt. Nach so vielen Jahren sind grössere Massnahmen notwendig. Biel hat relativ viele Schulanlagen aus den 1960er- und 1970er-Jahren. Diese benötigen in den nächsten Jahren neben dem Unterhalt eine grössere Investition.

Tatsächlich stellt sich die Frage, wie im Rahmen der Investitionsplanung fachgerecht mit den Investitionen in das Verwaltungsvermögen umgegangen werden soll. Dabei geht es einerseits um den Hochbau, aber wie Herr Dillier richtig erwähnt hat, natürlich auch um den Tiefbau, zum Beispiel um die Strassen. Es können also nicht nur Schulhäuser saniert werden, denn die städtische Infrastruktur besteht aus verschiedenen Teilaspekten. Herr Löffel hatte eine Frage zur 3. Etappe, die grössere energetische Einsparungen bringen wird. In dieser Etappe werden auch die Fenster ersetzt, wodurch im Wärmebereich sicher einiges eingespart wird. Der Gemeinderat geht davon aus, dass diese Etappe in fünf bis sieben Jahren realisiert werden könnte.

Das ist eigentlich schon fast übermorgen... Wenn diese Etappe früher in der Investitionsplanung Platz hat, wird sie der Gemeinderat gerne früher projektieren. Allerdings kommt dadurch nochmals eine recht hohe finanzielle Belastung auf die Stadt zu. Die Planung kann aber schon bald in Angriff genommen werden. Auf Wunsch liess ich ausrechnen, wieviele Nebenkosten bereits dank der 1. Etappe eingespart werden können. Einsparungen von mindestens CHF 11'000 pro Jahr können, dank kleinen Optimierungsmassnahmen insbesondere bei der Lüftung, vor allem beim Stromverbrauch realisiert werden. Das ist nicht nichts, sondern ein schöner fünfstelliger Betrag. Herr Freuler fragte nach den Honoraren. Eigentlich versprach der Gemeinderat, die Honorare immer detailliert aufzuführen und dem Stadtrat noch transparenter aufzuzeigen, was dahinter steckt. Vorliegend ging diese Aufteilung vergessen. Beim Krematorium wird sie aber wieder besser sein. Beim vorliegenden Projekt teilen sich die Honorarkosten in vier Posten auf, nämlich

1. CHF 580'000 für Architekt und Bauleitung (darin ist auch bereits der Projektierungskredit von CHF 480'000 inbegriffen)
2. CHF 85'000 für den Bauingenieur
3. CHF 200'000 für Heizung und Elektro
4. CHF 30'000 für weitere Spezialisten wie z.B. Erdbebenexperten

Zur Erdbebensicherheit kann ich mangels vorliegender Resultate leider noch keine weitere Aussage machen. Nun noch zur Frage von Herrn Fischer betreffend Behindertenlift: Dabei geht es um einen aussenliegenden Treppenlift. Es ist also keine Liftsäule in einem kleinen Annexgebäude vorgesehen. Ein Treppenlift ist natürlich viel günstiger als ein neuer Lift im Gebäude. Auch hier führen Kostengründe zu einem Verzicht auf einen gewissen Mehrkomfort. Damit bin ich auf alle Fragen so gut wie möglich eingegangen. Ich danke dem Stadtrat für die Unterstützung.

Vote

Vu le rapport du Conseil municipal du 12 mars 2014 concernant «Mesures de construction urgentes pour l'école du Sahligut et assainissement de l'aula / Crédit d'engagement», et s'appuyant sur l'art. 39, al. 1, let. a, en relation avec l'art. 14, al. 1, let. a du Règlement de la Ville du 9 juin 1996 (RDCo 101.1), ainsi que sous réserve du référendum facultatif le Conseil de Ville de Bienne **arrête**:

1. Un crédit d'engagement (no 54000.0304) de 4'500'000 fr. est approuvé pour le projet «Mesures de construction urgentes pour l'école du Sahligut et assainissement de l'aula».
2. Tout dépassement de crédit consécutif au renchérissement est d'ores et déjà approuvé.
3. Le Conseil municipal est chargé d'exécuter cet arrêté. Il est expressément autorisé à procéder aux modifications de projet qui s'imposeraient ou s'avéreraient nécessaires, dans la mesure où elles ne changent pas de manière notable le caractère de l'ensemble. Il est en outre habilité à déléguer cette compétence à la direction responsable.

Suter Daniel, président du Conseil de ville: J'aimerais faire une communication à titre personnel. À un moment donné, il a été question de tenues vestimentaires aux séances du Conseil de ville. Je suis très content que nous puissions, à ce sujet, nous tenir à la valeur fondatrice de mon parti, c'est à dire la liberté responsable, puisque chacun et chacune sait l'image qu'il ou qu'elle donne de la Ville de Bienne. Par contre, il y a une exception. Dans nos contrées, dans certaines situations et parfois devant certaines personnes, "on tire le chapeau"! C'est une belle coutume et plus une formule de politesse, c'est un signe de respect. Je considère, que le Conseil de ville mérite ce respect, que devant le Conseil de ville et au sein du Conseil de ville, c'est: "Hut ab", "Chapeau bas"! Monsieur Bösch, je vous prie de faire de même et de retirer votre casquette. *Silence dans la salle.* Je me permettrai de ne pas vous donner la parole avec la casquette sur la tête. Mais voilà, c'est Monsieur Bösch qui assume cette responsabilité et je suis un peu désolé de cette situation. On continue notre séance.

Motion d'ordre

Donzé Pablo, au nom du Groupe Les Verts: Le Groupe des Verts a de la peine avec l'ordre du Président et nous demande une interruption de séance pour décider de sa position par rapport à cet ordre.

Vote

La motion d'ordre est acceptée.

Interruption de la séance: 18h40 - 18h50

Suter Daniel, président du Conseil de ville: Après discussion avec un représentant du Groupe des Verts et faute de bases légales pour exécuter cet ordre, je reviens sur mon exigence, tout en restant convaincu de son bien-fondé. C'est un signe de respect et c'est la moindre des choses d'enlever son chapeau, quand on s'adresse au Conseil de ville. Je suis franchement surpris de voir quelle résistance on peut rencontrer pour un détail aussi petit!

90. Postulat 20130371, Martin Rüfenacht, Groupe FDP/PRR/EVP/EDU, "Places de stationnement temporaires à l'entrée des Gorges du Taubenloch"

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 1)

Le Conseil municipal propose d'adopter le postulat et de le radier du rôle.

Rüfenacht Martin, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Parkplätze rund um den Eingang zur Taubenlochschlucht sind ein echtes Bedürfnis. Von verschiedener Seite wurde ich darauf angesprochen, dass die dortige Brache dafür genutzt werden könnte. Einerseits könnte die Stadt damit etwas Geld einnehmen, andererseits wäre es eine gute Parkierungsmöglichkeit für diejenigen, welche die Taubenlochschlucht besuchen wollen. Das sollte eigentlich möglich sein. In der Hoffnung, eine einfache,

kostengünstige und temporäre Lösung zu finden, wählte ich die Form des Postulats. Zudem war ich der Meinung, der Vorstoss sei nicht motionsfähig. Der Gemeinderat nahm die verlangte Überprüfung vor. Wenn ich es richtig verstanden habe, leitete er auch Massnahmen für eine Lösung ein. Ich wäre dankbar, wenn die zuständige Gemeinderätin noch bestätigen und präzisieren könnte, ob ich das zwischen den Zeilen richtig verstanden habe. Die Frage lautet konkret: werden wirklich temporäre Parkplätze auf dieser Brache realisiert und wenn ja, ab wann stehen sie zur Verfügung? Betreffend kurzfristiger und zeitlich befristeter Nutzung stellt sich mir eine weitere Frage: Ich bin OK-Präsident der Festlichkeiten zum 125-Jahr-Jubiläum des Taubenlochwegs vom kommenden 6. und 7. September. Zeitgleich findet aber auch das Buschanger Weekend statt, und natürlich denke ich auch an Festivitäten wie den 1. August oder den Karneval. Könnte der Parkplatz auch kurzfristig für die Organisation solcher Anlässe genutzt werden? Ich danke dem Gemeinderat für die rasche Beantwortung des Postulats und dafür, dass mit der Umsetzung scheinbar schon begonnen wurde. Mit der Beantwortung bin ich einverstanden.

Steidle Silvia, directrice des finances: Monsieur Rüfenacht, vous avez bien lu l'objectif du Conseil Municipal. Nous pourrions, sans problèmes, analyser les conditions pour faire des places de stationnement temporaires à cet endroit. Mais, pour des places de longues durées, il faut savoir que le site concerné est contaminé et nécessite des investigations. Des investigations sont prochainement planifiées à cet endroit. Pour cette raison, je n'ai pas pu donner des délais dans la réponse au postulat. Je ne peux pas non plus les donner aujourd'hui, puisque cela fera l'objet d'une prochaine rencontre avec les instances cantonales compétentes. Mais l'objectif du Conseil Municipal est bien là. Les autres travaux relatifs à la réalisation des places de stationnements provisoires sont actuellement en cours.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Unsere Fraktion fragt sich nach Lektüre dieses Geschäfts, wie dieses Anliegen in ein grösseres Ganzes eingebunden ist. Hat die Stadt strategische Ansätze, wie mit frei gewordenen Flächen umzugehen ist? Kommen solche Flächen grundsätzlich als Parkplätze in Frage und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Im Weiteren fragte sich unsere Fraktion, wie es mit dem fraglichen Terrain weitergehen soll. In welchen zeitlichen und planerischen Rahmen würden sich die im Postulat geforderten Parkplätze einfügen?

Steidle Silvia, directrice des finances: Il existe un plan sur le stationnement, qui a été adopté en 2004 et qui est valable jusqu'en 2015. Il planifie certaines places de stationnement, notamment les trois places stratégiques au Centre-ville, à savoir les trois parkings qui appartiennent à la société "Parking SA". Ce plan définit également d'autres zones importantes pour les places de stationnement, notamment le Masterplan, les Champs de Boujean et d'autres places dans la Ville. Cet emplacement fait également partie des réflexions de l'actuel Plan directeur des places de stationnement de la Ville de Bienne. Le Conseil municipal devra, prochainement, reprendre ce Plan directeur pour voir, après la réalisation de l'Esplanade, si les planifications de 2004 ont toujours de la valeur. Mais pour l'instant, nous nous basons sur le Plan directeur des places de stationnement de la Ville de Bienne de 2004. Vous avez bien demandé si quelque chose était prévu pour l'avenir de cette place?

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Est-ce que le Conseil municipal a des stratégies quant à l'utilisation de friches qui s'ouvrent? Y-a-t'il des critères claires pour savoir s'il est possible ou s'il y a la volonté d'y construire un parking? Le Groupe des Verts se demande également s'il existe, pour le terrain dont il est question dans le postulat, des plans et un timing précis pour la réalisation d'un parking?

Fehr Erich, Stadtpräsident: Es gibt kein grundsätzliches Konzept, um in allenfalls entstehenden Baulücken Parkplätze zu realisieren. Es geht um eine situative Beurteilung. Wo die Ideen des Parkplatzrichtplans bereits umgesetzt sind - also insbesondere in der ganzen Innenstadt - sollen in Baulücken nicht Parkplätze entstehen. Der Fall von Bözingen ist speziell, weil dort der Eingang zur Taubenlochschlucht ist, und weil dort das Angebot an öffentlichen Parkplätzen eher bescheiden ist. Das Angebot ist sogar für die Anwohnerschaft knapp, weil fast der ganze Strassenraum als Fahrfläche genutzt wird. Für den Ausflugsort Taubenlochschlucht gibt es eigentlich keine Parkplätze. Deshalb ist der Gemeinderat auch bereit, diesen Einzelfall zu prüfen. Auch beim Gassmann-Areal wurde in dieser Hinsicht sehr situativ entschieden.

Was die Erneuerung und Aktualisierung der Richtplanung angeht, hat die Finanzdirektorin die Antwort schon gegeben. Für die Nutzung dieses Geländes bestehen verschiedene Ideen, die aber noch nicht spruchreif sind. Sicher beginnt nicht in drei Monaten eine Planung oder in einem Jahr ein Bau. Der Gemeinderat überlegt aber sehr genau, welche Nutzungen für die Brache beim Taubenloch sinnvoll sein könnten. Auch muss geprüft werden, ob allfällige Altlasten vorhanden sind, schliesslich geht es um einen alten Industriestandort. Nach den Entwicklungen auf der Esplanade ist der Gemeinderat in dieser Hinsicht etwas gebrannt, weshalb er bei der Taubenlochschlucht genau hinsehen wird. Der Rückbau auf diesem Gelände erfolgte primär ebenerdig. Deshalb kann heute noch nicht gesagt werden, wie das Gelände dereinst genutzt werden soll. Aus den ganzen Planungen wurde aber klar, dass ein grosser Teil der Fläche sicher nicht für normales Wohnen geeignet ist, weil der dahinterliegende Hügel viel zu viel Licht wegnimmt. Es wird also eher in Richtung Gewerbe und Dienstleistung oder andere Nutzungen gehen. Speziell im hinteren Teil des Geländes dürfte es beispielsweise gemäss Vorschriften zur Helligkeit von Wohnräumen gar nicht möglich sein, Wohnungen zu realisieren. Das ist erst eine provisorische Einschätzung. Die entsprechenden Abklärungen wurden noch nicht im Detail vorgenommen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Le site que nous sommes en train d'analyser est relativement grand. Nous avons aussi reçu des propositions pour un "urban gardening" à cet endroit et nous sommes également en train de voir comment nous pouvons lier, de façon optimale, les zones vertes et les places de stationnement.

La proposition du Conseil municipal n'est pas contestée par le Conseil de ville.

91. Motion urgente interpartis 201400025, Reto Gugger, PBD, André Vuille, PPB, Martin Rüfenacht, FDP, Christian Löffel, PEV, "Obtenir des baisses de loyers"

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 2)

Le Conseil municipal propose de transformer la motion urgente en postulat et de l'adopter en tant que tel.

Gugger Reto, Fraktion BVP/CVP/BDP: Ich bedanke mich bei allen involvierten Stellen für die Beantwortung dieser Motion. Es freut mich, dass der Gemeinderat die Idee, die dieser Motion zu Grunde liegt, unterstützt. Der Referenzzinssatz bleibt bei 2%. Jetzt müssen die MieterInnen handeln! Sie müssen dafür sorgen, dass ihre Miete sinkt. Diese Aussagen kommen nicht aus meiner Feder. Ich habe sie von der Homepage des Mieterinnen- und Mieterverbands Deutschschweiz abgeschrieben. Im Weiteren steht auf dieser Homepage, im vergangenen September sei der Referenzzinssatz von 2,25% auf 2% gesunken und werde nun über längere Zeit auf diesem tiefen Niveau bleiben. Viele Mietende haben eine Senkung des Mietzinses zu gut. Wer sie noch nicht erhalten hat, soll sie rasch einfordern. Sogar das Bieler Tagblatt widmete dieser Thematik am 10. September 2013 einen Artikel. Unter dem Titel "*Jetzt wird es Zeit für Taten statt Worte*" wurde sogar eine Anleitung dazu geliefert, wie eine Mietzinsreduktion beantragt werden muss. Die Gemeinde Lyss nahm die Senkung des Referenzzinssatzes zum Anlass, ihre Sozialhilfebeziehenden aktiv zum Handeln zu bewegen. Was hat die fünf Mal grössere Stadt Biel, die gemäss Bieler Tagblatt vom 8. April 2014 CHF 28 Mio. für Sozialhilfebeziehende ausrichtet, in dieser Sache unternommen? Nichts! Deshalb gab ich am 21. November 2013 der zuständigen Direktion einen entsprechenden Hinweis. Mein Vorschlag stiess leider auf Ablehnung. Der Aufwand für die Umsetzung sei zu hoch, das Sparpotenzial für Biel zu klein. Frau Schwickert hat vorhin CHF 11'000, die dank der Teilsanierung des Schulhauses Sahligut jährlich eingespart werden können, als namhaften fünfstelligen Betrag bezeichnet. Die Motionäre hätten sich in der Antwort auf ihren Vorstoss etwas konkretere Zahlen gewünscht. Das ist nicht geschehen. Nun liefere ich diese Zahlen:

Aufgrund von Schätzungen gehe ich davon aus, dass bei einer konsequenten Einforderung der Mietzinsreduktionen in Biel die jährlichen Kosten um CHF 2,3 Mio. gesenkt werden könnten. Der Grossteil davon käme allerdings wegen des Finanz- und Lastenausgleichs dem Kanton zugute. Die Stadtkasse würde im Endeffekt jährlich wiederkehrend um ca. CHF 180'000 entlastet. Weil ich diese Zahlen nicht für gering halte, habe ich mich im Januar für das Einreichen der vorliegenden Motion entschieden. Ich bin froh um die Unterstützung der Mitunterzeichnenden und um die Unterstützung des gesamten Stadtrates, der für diese Motion die Dringlichkeit gewährte. Nun zur Antwort des Gemeinderats: Ich entnehme ihr, dass die Abteilung Soziales nicht über die entsprechenden Kenntnisse des Mietrechts verfügt, um ihre Klientel kompetent durch den Prozess der Mietzinsreduktion zu begleiten. Daraus können sich Risiken ergeben, die ernst genommen werden sollten. Vor diesem Hintergrund kann ich den Wunsch des Gemeinderats nach der Schaffung einer Mietfachstelle nachvollziehen. Ich möchte aber bereits heute zu Protokoll geben, dass die Tätigkeit dieser Mietfachstelle auf ein, maximal zwei Jahre beschränkt sein sollte. In einer ersten Phase muss sie aufräumen, die anstehenden Dossiers behandeln und Mietzinsreduktionen verlangen. In einer zweiten und letzten Phase ist ein

Wissenstransfer anzustreben, damit das Wissen der Mietfachstelle zur Abteilung Soziales fließt. Es macht keinen Sinn, diese Mietfachstelle länger als nötig bestehen zu lassen, sonst machen die langfristigen Kosten der Mietfachstelle die gewonnenen Einsparungen der Stadt wieder komplett zunichte. Mit der Umwandlung der vorliegenden Motion in ein Postulat und dessen Erheblicherklärung bin ich einverstanden.

Donzé Pablo, au nom du Groupe Les Verts: En tant que Président de l'ASLOCA (Association suisse des locataires) à Bienne, j'aimerais dire à Monsieur Gugger, que l'association invite les locataires à demander une adaptation des loyers au taux de référence, mais il faut agir au cas par cas. Les bénéficiaires de l'aide sociale sont les maillons faibles de la location. Ce service de contrôle des locations devrait notamment faire attention aux bailleurs, en tout cas autant qu'aux locataires, car certains profitent largement des bénéficiaires de l'aide sociale, en leurs demandant des loyers surfacts. Les loyers pour ces personnes dépendent de beaucoup de facteurs et il serait trop réducteur de vouloir parler seulement de cette adaptation au taux de référence. Le Groupe des Verts soutient la proposition du Conseil municipal et est content que les motionnaires s'y rallient.

Rüfenacht Martin, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Aus dem vorletzten Abschnitt der gemeinderätlichen Antwort geht hervor, dass der Gemeinderat gewillt ist zu prüfen, ob auf einfache Art und ohne Nebeneffekte ein Lösungsansatz für das Problem der aktuell zu hohen Mietzinse gefunden werden könnte. Das wertet unsere Fraktion als positiv. Schwach und für die Fraktion nicht haltbar ist die Risikoanalyse. Der Referenzzinssatz für Hypotheken ist massgebend für die Anpassung der Mieten. Steigt der Referenzzinssatz, hat die Vermieterschaft das Recht, die Miete nach oben anzupassen, sinkt er, hat die Mieterschaft einen gesetzlichen Anspruch auf Mietzinsreduktion. Im Internet sind entsprechende Briefvorlagen zu finden sowie Experten, die helfen könnten. Es erstaunt, dass dieses Wissen bei der Stadt nicht vorhanden ist. Ich gehe davon aus, dass die Risikoanalyse nicht mit dem kantonalen Mietamt abgesprochen ist. Kündigungen aufgrund einer solchen Anfrage sind gesetzlich gar nicht haltbar. Das Gesetz sagt, dass Anfragen für Mietzinsreduktion getätigt werden dürfen und dass darauf geantwortet werden muss. Ob dann etwas passiert, ist eine andere Frage. Dass die Abteilung Soziales ihre Klientel bei diesen Anfragen unterstützt, findet unsere Fraktion selbstverständlich. Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass dieses weitherum bekannte Wissen bei der Abteilung Soziales offenbar fehlt. Auch auf den zweiten Blick ist die Risikoanalyse deshalb schlecht. Es handelt sich um eine schnelle, aber nicht fundierte Antwort. Aus Sicht unserer Fraktion ist klar, dass im Pflichtenheft einer Betreuungsperson festgehalten sein muss, dass diese über die nötigen Informationen verfügt oder sich diese zu beschaffen weiss. Wir sind mit einer Umwandlung in ein Postulat trotzdem einverstanden, sind jedoch der Meinung, dass sich die Mitarbeitenden der Abteilung Soziales dieses Wissen aneignen sollten, um rasch helfen zu können.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Auch unsere Fraktion ist für Sparmassnahmen, vor allem in einem Bereich, in dem die Stadt gemäss Motionstext ja sogar Ausgaben-Schweizermeisterin ist. Unter Berücksichtigung der Argumente des Gemeinderats gibt es aber nicht nur positive Seiten an diesem Vorstoss. Vor allem scheint uns die Schaffung einer Mietfachstelle eine teure Sache. Wer übernimmt die Kosten, der Kanton oder die Stadt? Müssten sie von der Stadt

übernommen werden, ergäben sich Mehrausgaben, von welchen der Kanton profitieren würde. Deshalb wird unsere Fraktion der Umwandlung in ein Postulat zustimmen.

Löffel Christian, EVP: Ich werde der Umwandlung in ein Postulat auch zustimmen, stelle mir aber noch ein paar Fragen. Als im Stadtrat letztmals über die Mieten von Sozialhilfebeziehenden gesprochen wurde, ging es darum, ob diese von der Stadt oder den Sozialhilfebeziehenden bezahlt werden sollen. Es wurde argumentiert, die Stadt würde Geld sparen, wenn die Mieten von den Sozialhilfebeziehenden bezahlt würden. Ich hatte schon damals das Gefühl, das könne nicht stimmen. Ist es nicht Aufgabe der Sozialarbeitenden, den Sozialhilfebeziehenden als eine Art Treuhänder, Verwalter oder zumindest Coach beizustehen? Wenn das so wäre, würden die Beratungen auch die Finanzen und ein persönliches Budget beinhalten. Darin ist die Miete ein Hauptposten. Ich frage mich, weshalb parlamentarische Vorstösse nötig sind, damit dieses Zusammenspiel funktioniert und überhaupt jemand hinschaut? Wenn es die vom Gemeinderat geforderte Mietfachstelle für zwei Jahre braucht, um den Sozialarbeitenden auf die Sprünge zu helfen, so dass danach hingeschaut und Verantwortung wahrgenommen wird, ist es umso besser.

Cadetg Leonhard, FDP: Die Schaffung von Stellen in diesem Zusammenhang finde ich übertrieben. Diese Reaktion von der Verwaltung ist bekannt, aber hier einfach fehl am Platz. Wie bereits gesagt wurde, können sich alle die geforderten Kenntnisse aneignen. Ich bin gegen neue Stellenschaffungen!

Tanner Anna, SP: Auch unsere Fraktion ist für den Vorschlag des Gemeinderats. Sie findet es wichtig, dass eine Mietfachstelle geschaffen wird, denn dadurch kann Geld gespart werden. Es wäre prima, wenn die Sozialarbeitenden alles abdecken könnten, vielfach ist dies aber schon aufgrund der zeitlichen Ressourcen nicht möglich.

Baltzer Niklaus, SP: Wie wäre man vorgegangen, wenn die Mietzinse für Sozialhilfebeziehende noch durch die Stadt bezahlt würden? Wäre das effizienter gewesen?

Dillier Adrian, SVP: Ich habe gemeint, die Stadt habe kein Geld. Sie kann ihre Schulhäuser nicht unterhalten. Nun sollen schon wieder Stellen geschaffen werden? Klar, diese belasten nicht die Rechnung der Stadt, sondern die des Kantons, der ja auch viel Geld hat...

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Trotz aller geäusselter Kritik möchte ich den Motionären danken, dass sie der Umwandlung in ein Postulat zustimmen. Herrn Guggers Dank werde ich selbstverständlich weiterleiten. Es ist ein schönes Zeichen, wenn zwischendurch Anerkennung geäussert wird und diese an die Personen weitergeleitet werden kann, die an der Beantwortung der Motion mitgearbeitet haben. Herr Gugger hat eine simple Rechnung gemacht und behauptet, bei einem Mietzinsvolumen von CHF 28 Mio. könnten etwa CHF 2,8 Mio. eingespart werden. Das wären 10%. Selbstverständlich hat meine Direktion diese Rechnung auch gemacht. Sie hat geprüft, wie hoch das Sparpotenzial wäre. Leider kam sie nicht auf derart hohe Beträge. Ihre Referenzgemeinde war Lengnau, wo eine Fachstelle geschaffen wurde, die systematisch alle Mietverträge auf Senkungsmöglichkeiten überprüfte und diese auch umsetzt. Die Ausbeute lag bei 2%-3% und damit wesentlich tiefer als Herrn Guggers Annahme. Aber selbstverständlich resultierte

auch dadurch noch ein wesentlicher Betrag, der eine Prüfung rechtfertigt. Herr Gugger sagte, er könne sich vorstellen, dass für ein bis zwei Jahre eine fachspezifische Person angestellt würde, die sich diesem Thema widmet. Er wünscht sich aber, dass dieses Know-How anschliessend an die Mitarbeitenden der Abteilung Soziales transferiert werden könnte. Andere Redner haben sich ähnlich geäussert. Ich wehre mich natürlich nicht dagegen, wenn die Abteilung Soziales mehr Know-How aufbauen kann. Im Bereich Mietzinsreduktionen bin ich aber nicht sicher, ob das so einfach möglich sein wird. Wo würde die neue Stelle angesiedelt? Bekanntlich hat die Abteilung Soziales zwei Hauptgruppen von Mitarbeitenden, nämlich Sozialarbeitende und Angestellte für administrative Arbeiten. Bei den Sozialarbeitenden ist die Fluktuationsrate sehr hoch. Die Arbeit im Sozialdienst wird nicht als attraktiv wahrgenommen. Es können vor allem Personen angestellt werden, die direkt aus der Ausbildung kommen und in Biel erste Erfahrungen sammeln. Sobald sie aber ein anderes Angebot erhalten, gehen sie. Diese hohe Fluktuation zieht einen relativ hohen Know-How-Verlust nach sich, mit dem die Abteilung Soziales umgehen muss. Deshalb wäre es aus meiner Sicht eher schwierig, das Know-How betreffend Mieten bei den Sozialarbeitenden aufzubauen. Rein vom fachlichen Hintergrund her ist dieses Gebiet relativ weit weg von dem, was Sozialarbeitende in der Ausbildung lernen. Deshalb sähe ich einen solchen Know-How-Aufbau eher bei den administrativen Mitarbeitenden. Es ist allerdings so, dass diese für die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben eingesetzt werden, beispielsweise für die buchhalterische Führung der Konti der Sozialhilfebeziehenden oder das Führen von administrativen Unterlagen zu Händen des Kantons. Diese gesetzlichen Pflichten sind einfach zu erfüllen. Es kann nicht einfach ein neuer Bereich aufgebaut werden. Selbstverständlich gibt es aber eine gewisse Flexibilität. Die Abteilung Soziales verfügt über einen Pool von Mitarbeitenden, bei denen Schwerpunkte gesetzt werden können. Für mich war ein solcher Schwerpunkt in diesem und im letzten Jahr ein Ausbau des Rechtsdienstes. Der Rechtsdienst kümmert sich um Sozialhilfemissbräuche oder falsche Angaben. Meiner Meinung nach sollte er weiter ausgebaut werden. Nun ist es ein Abwägen, womit ein besserer Effekt erzielt werden kann, ob mit dem weiteren Ausbau des Rechtsdienstes oder mit einem neuen Schwerpunkt bei den Mieten. Für mich geht es dabei auch um die Senkung der Sozialhilfequote. Damit möchte ich mich nicht gegen das Ansinnen der Motion wehren. Ich bin dafür offen und ich finde das Anliegen berechtigt. Ich möchte aber um Verständnis dafür bitten, dass solche Entscheidungen auch aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklungen und aufgrund der verschiedenen Problematiken bei den Sozialhilfebeziehenden gefällt werden müssen. Zudem ist es schwierig zu beurteilen, wie sich der Mietwohnungsmarkt in den nächsten Jahren entwickeln wird. Deshalb finde ich es wichtig, die Gesamtsituation auch aus Sicht der Stadt weiter zu verfolgen und entsprechende Entscheidungen zu fällen. Was mir noch wichtig scheint ist die Kontrolle der Anfangsmieten. Diese zu kontrollieren, zu berechnen und allenfalls anzufechten ist ein hochkomplexes Thema, das viele Ressourcen braucht. Ich bin aber der Meinung, dass dafür nicht auf spezialisierte Mitarbeitende verzichtet werden kann. Das kann nicht an administrativ Mitarbeitende oder an Sozialarbeitende delegiert werden. Dieses Thema könnte aber je nach Marktentwicklung für die Stadt durchaus relevant bleiben. Der Gemeinderat muss auch auf diesem Gebiet die Freiheit haben, die Entwicklung verfolgen zu können. Bei Vermietenden, die vor allem von Sozialhilfebeziehenden überhöhte Mieten fordern, hat die Stadt keine Möglichkeiten für Mietzinsreduktionen, wenn der Mietvertrag richtig formuliert und mit den richtigen Indizes hinterlegt ist. Eine Mietzinsreduktion wäre nur möglich, wenn der

Referenzzinssatz erneut sinken würde. Häufig ist aber bereits die Anfangsmiete falsch und zu hinterfragen. Dazu braucht es viel Know-How und eine entsprechende Ausbildung. Das kann sich niemand einfach so aneignen. Für die Stadt ist es wichtig, solch falsche Strukturen angehen zu können. Zur Frage von Herrn Baltzer nach dem Vorgehen im alten System: es wäre nicht grundsätzlich anders. So oder so muss die Stadt eine Vollmacht der Sozialhilfebeziehenden haben, wenn sie deren Mietzinse anfechten will.

Rüfenacht Martin, FDP: Offenbar besteht ein Missverständnis bezüglich der Aufgaben, die Sozialarbeitende zu übernehmen haben. Nicht nur aus meiner Sicht ist das Budget der Sozialhilfebeziehenden ein grosser und wichtiger Bestandteil dieser Aufgaben. Innerhalb des Budgets sind beispielsweise der Mietzins oder die Krankenkasse wichtige Elemente, die überprüft werden müssen und bei denen die Sozialhilfebeziehenden unterstützt und begleitet werden müssen. Die Sozialarbeitenden müssen dafür sorgen, dass das Geld nicht falsch ausgegeben wird. Herr Feurer sprach von 3%, die durch Mietzinsreduktionen eingespart werden könnten. Das sind CHF 800'000, die bei den Schulhäusern fehlen. Wenn ich mich im Internet umschaue, finde ich unzählige Standardbriefe für eine Anfrage um Mietzinsreduktion. Nun soll ein kompliziertes System mit neuen Stellen geschaffen werden, die dann nicht mehr abgeschafft werden können. Das kann doch nicht sein! (*Unruhe im Saal*) Ich fordere eine kurze, saubere Lösung.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich glaube nicht, dass es in dieser Frage grundsätzliche Differenzen gibt. Die Zusammenstellung und Kontrolle des Budgets ist eine zentrale Aufgabe der Sozialarbeitenden. Es geht aber darum, dass die Mietzinsreduktionen nicht nur eingefordert werden, was wirklich mit einem einfachen Brief machbar ist. Vielmehr will der Gemeinderat kontrollieren, ob die Vermietenden ihre Mieten korrekt ansetzen. Dafür gibt es keinen Standardbrief. Dafür muss hingeschaut und gerechnet werden. Dabei spielt nicht nur der Hypothekarzins eine Rolle, sondern auch andere Faktoren. Deshalb ist es gar nicht so einfach, Mitarbeitende mit einem entsprechenden Fachwissen zu finden. Diese Ausbildung ist recht anspruchsvoll. Frau Steidle kann vielleicht in privaten Gesprächen darüber Auskunft geben, wie schwierig es ist, geeignete Personen zu finden.

La proposition du Conseil municipal n'est pas contestée par le Conseil de ville.

92. Postulat 20130406, Salome Strobel, Groupe socialiste, "Pour un développement régional bilingue fort"

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 3)

Le Conseil municipal propose d'adopter le postulat et de le radier du rôle.

Strobel Salome, Fraktion SP: Ich respektiere die Autonomie der Gemeinde Nidau. Es geht mir nicht darum, mit dem Zeigefinger auf Nidau zu zeigen. Deshalb fragte ich in meinem Postulat auch nicht, ob es Schultransporte braucht oder nicht. Es geht mir um den Grundsatz einer aktiven und lebendigen zweisprachigen Region. Obwohl sich Nidau als deutschsprachiges Städtchen bezeichnet, ist es so nahe bei Biel, dass die

Zweisprachigkeit keine untergeordnete Rolle spielen darf. Biel will zusammen mit Nidau das grosse Projekt AGGLOlac verwirklichen. Auch sonst liegen Biel und Nidau so nahe beieinander, dass man beispielsweise im Mühlefeld von einer Gemeinde in die andere geht, ohne es zu merken. Deshalb ist es wichtig, dass sich die beiden Städte über ein regional so wichtiges Thema wie den Bilinguismus ernsthaft austauschen. Es darf doch nicht sein, dass AGGLOlac zu einer deutschsprachigen Enklave wird und Familien mit französischsprachigen Kindern dort gar nicht einziehen! Oder ist es etwa nur an der Stadt Biel, auf ihrem Stadtgebiet entsprechenden Schulraum zur Verfügung zu stellen? Sind 20% französischsprachige EinwohnerInnen eine Minderheit? Wenn ja, sind sie eine starke Minderheit und ihre Anliegen sollen ernst genommen werden. Biel ist auch weiterhin bereit, dafür Hand zu bieten. Deshalb fand ich es wichtig, dass der Gemeinderat zusammen mit der Entscheidungsträgerin Nidau nach einer regional verträglichen Lösung sucht, und zwar ohne Schuldzuweisungen. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, ist es ihm auch gelungen, einen Prozess in diese Richtung anzustossen. Deshalb bin ich damit einverstanden, dieses Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Fehr Erich, Stadtpräsident: In der Tat ist es so, wie Frau Strobel gesagt hat: Nidau ist eine autonome Gemeinde, die gemäss heute geltender Kantonsverfassung zum deutschsprachigen Kantonsteil gehört und die sich selber als deutschsprachige Gemeinde definiert. Trotzdem - und ich möchte Frau Strobel für ihren Vorstoss danken - gibt es Realitäten. Eine Realität ist, dass heute in Nidau bereits 20% der EinwohnerInnen französisch als Amtssprache angeben. Eine weitere Tatsache ist, dass die Städte Biel und Nidau aus der Helikopter-Perspektive ineinander verzahnt sind. AGGLOlac ist ein gutes Beispiel dafür. Die Gemeindegrenze sieht man nicht. Die Frage, wo Personen ihren Wohnsitz nehmen, wird durch viele Faktoren beeinflusst. Schweizweit wird die ganze Region Biel als zweisprachig wahrgenommen. Wenn nun Biel gemeinsam mit Nidau und anderen Gemeinden das Ziel hat, die Agglomeration zu stärken, ist es wichtig, Angebote bereitzustellen, die Personen aus der ganzen Schweiz interessieren. Biel und die Agglomeration wollen sich ja als Wohnstandort verbessern und für Neuzuziehende attraktiv sein. Gerade mit Blick auf die Uhrenindustrie, in der sehr viele Firmen französischsprachig geprägt sind und deren Kader auch aus der Westschweiz oder aus Frankreich kommen, scheint es mir wichtig, diese Angebote in der Agglomeration Biel abdecken zu können. Frau Strobel hat zu Recht festgehalten, dass der Gemeinderat dafür zusammen mit Nidau nach Lösungen sucht. Sicher wäre es falsch, wenn die Sprachgrenze quasi mit Farbe auf den Boden gemalt und dadurch verstärkt würde. Das würde die ganze Agglomeration schwächen, was nicht im Interesse Biels sein kann.

La proposition du Conseil municipal n'est pas contestée par le Conseil de ville.

93. Postulat 20130407, Christoph Grupp, Les Verts, "Adhésion au réseau "Blue Community""

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 4)

Le Conseil municipal propose d'adopter le postulat et de le radier du rôle.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Im Stadtrat wird Valschwasser getrunken. Ich trinke auch sonst gerne ab und zu Valschwasser. Ich habe hier eine Karaffe voll Bieler Hahnenwasser mitgebracht. Auch dieses trinke ich gerne und deutlich öfter als Valschwasser. In Biel kann man wählen, was man trinken will, ohne irgendwelche gesundheitlichen Risiken einzugehen und ohne die Gefahr, dass es zumindest kurzfristig zu wenig Wasser geben könnte. Weltweit und auch in Europa haben viele Menschen diese Wahl nicht. Sie trinken verschmutztes Hahnenwasser oder Wasser aus noch schlimmeren Quellen. Damit gehen sie grosse Risiken ein. Pro Tag sterben Tausende an den direkten oder indirekten Folgen von schmutzigem oder fehlendem Trinkwasser. Im vorliegenden Postulat ging es mir unter anderem darum, auf diese Sachverhalte hinzuweisen. Es ist noch nicht lange her, da konnte in Genf das Hahnenwasser nicht getrunken werden. In Süd- und Osteuropa, aber natürlich auch in vielen anderen Ländern der Welt kann das Hahnenwasser nicht getrunken werden. Wo möglich kaufen sich die Menschen das Trinkwasser in den Läden, was die in diesen Ländern häufig tiefen Haushaltsbudgets stark belastet. Mit einem Beitritt zum Blue Community Netzwerk hätte Biel die Möglichkeit, ein wichtiges Zeichen der Solidarität zu setzen mit all den Gemeinden, Städten und Menschen, die diese Möglichkeit nicht haben. Damit könnte die Stadt zeigen, dass sie diese Probleme ernst nimmt. Zum Glück wurden bei uns Strategien und Möglichkeiten für sauberes Trinkwasser erarbeitet. Vielleicht könnte vom dadurch erworbenen Know-How und von den geschaffenen gesetzlichen Grundlagen etwas weitergegeben werden. Vielleicht wäre die Aussage, dass uns bewusst ist, dass in der Schweiz viele Unternehmen zu Recht oder zu Unrecht sehr viel mit dem Verkauf von Trinkwasser verdienen ein wichtiges Zeichen gegenüber dem Ausland. Zu den Grundsätzen, um die es im Postulat geht:

1. Anerkennung des Wassers als Menschenrecht:

Ich hoffe, dass ich mit obigen Aussagen ausführen konnte, dass sauberes Trinkwasser genauso ein Menschenrecht ist wie die Luft, die wir zum Atmen brauchen. Es kann nicht sein, dass sauberes Trinkwasser nur noch käuflich erworben werden kann. In Biel ist das zum Glück nicht so. Was wir für Trinkwasser bezahlen, ist vernachlässigbar. Teurer wird es höchstens dadurch, dass wir sauberes Trinkwasser für unsere WC-Spülungen brauchen und auch unsere Blumen mit Trinkwasser giessen. Der Gemeinderat sagt in seiner Antwort, dieser Punkt werde erfüllt. Das finde ich gut und ich danke für die Abklärungen, die hinter dieser Antwort stecken.

2. Leitungswasser anstelle von Flaschenwasser trinken:

Ich hörte verschiedentlich, dass dieses Anliegen von vielen getragen werden kann. Ich erinnere mich an eine Aktion des Bieler Manifests vor ein paar Jahren, mit der dafür sensibilisiert werden sollte, dass das Bieler Trinkwasser perfekt ist und sehr gut getrunken werden kann. Dazumal wurde zusammen mit dem ESB Wasser aus der Leugenenquelle abgefüllt und verteilt. Die Idee war nicht, dass die Bevölkerung in Flaschen abgepacktes Bieler Trinkwasser kaufen sollte. Vielmehr sollte darauf aufmerksam gemacht werden, dass das Bieler Trinkwasser

mindestens so gut ist wie dasjenige aus der Flasche. Auch zu diesem Punkt sagt der Gemeinderat, die Stadt versuche bereits heute, diesem Aufruf nachzuleben, und es gelinge weitgehend.

3. Wasserdienstleistungen bleiben in der öffentlichen Hand:

Dazu muss ich im Fall von Biel nicht viele Worte verlieren. Diese Forderung ist zum Glück in der Schweiz gesetzlich festgelegt.

4. Pflege von internationalen Public-Public Partnerschaften:

Ich komme zurück auf die vorhin angesprochene Solidarität. Es geht darum, dass Europa- und weltweit ein Austausch zwischen Gemeinwesen gepflegt wird, so dass Know-How weitergegeben werden kann und gemeinsam für das Menschenrecht sauberes Trinkwasser eingestanden und gekämpft werden kann. Das ist nicht mit speziellen Kosten verbunden. Auch dazu sagt der Gemeinderat, die Stadt erfülle diesen Punkt weitestgehend. Dem widerspreche ich nicht.

Erstaunlich ist für mich die Schlussfolgerung des Gemeinderats, der Vorstoss könne als erfüllt abgeschrieben werden. Meine Schlussfolgerung ginge in die andere Richtung. Die Anforderungen des Netzwerkes werden in Biel ja bereits mehr oder weniger erfüllt. Also kann die Stadt diesem Netzwerk doch auch beitreten und das Zeichen aussenden, dass Biel für diese Anliegen einsteht. Es ist ein Postulat und natürlich kann gesagt werden, die darin gestellten Forderungen seien erfüllt. Damit bin ich nicht einverstanden und **beantrage, das Postulat nicht abzuschreiben**. Ich glaube, dass die Kostenseite in der Beantwortung falsch dargestellt wird. Deshalb gehe ich davon aus, dass der Gemeinderat diese nicht sauber genug abgeklärt hat. Ein Telefongespräch mit der Stadt Bern, die diesem Netzwerk beigetreten ist, zeigte, dass mit dem Beitritt keine speziellen Kosten entstanden. Es gibt also keinen Budgetbetrag, sondern es handelt sich um einen ideellen Beitrag. Es geht nicht darum, Kosten zu generieren. Sollte über die Zusammenarbeit in diesem Netzwerk ein gemeinsames Projekt finanziell unterstützt werden... (*Zwischenruf von Herrn Dillier*) Ich möchte Herrn Dillier darauf hinweisen, dass er nachher, genauso wie andere Stadtratsmitglieder auch, die Möglichkeit hat, ans Rednerpult zu treten. Ich finde seine Zwischenrufe sehr störend (*Weiterer Zwischenruf*). Sollte also über die Zusammenarbeit in diesem Netzwerk ein gemeinsames Projekt entstehen, an dem sich Biel finanziell beteiligen möchte, könnte dafür immer noch ein Betrag - allenfalls aus dem Stadtratskredit - gesprochen werden. Die Kosten dürften also, wenn überhaupt solche entstehen, sehr klein sein. Momentan ist nicht absehbar, dass eine Mitgliedschaft die Stadt etwas kosten würde. In diesem Sinn möchte ich den Stadtrat nochmals dazu aufrufen, das Postulat zwar erheblich zu erklären, aber noch nicht abzuschreiben. Die Abklärungen sollen sauber fertig geführt werden können. Dann könnte der Stadtrat in Kenntnis aller Grundlagen über einen Beitritt entscheiden.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich möchte dem Gemeinderat zu seiner Antwort gratulieren. Er hat das Postulat richtig beantwortet und eingesehen, dass es keinen Sinn macht, überall beizutreten. Ich kann auch Fussball spielen, ohne zwingend einem Fussballclub beizutreten. Die internationalen Probleme müssen international oder zumindest auf Bundesebene gelöst werden. Es ist nicht Sache der Stadt, aktiv zu werden, denn sie ist nicht die richtige Ansprechpartnerin dafür. Das Postulat ist eindeutig erfüllt. Es heisst "*Biel prüft den Beitritt...*", nicht "Biel tritt bei". Die Forderungen wurden klar beantwortet und der Gemeinderat hat den Schluss gezogen, dass Biel nicht beitreten soll. Wenn ein Beitritt gefordert wird, muss das Postulat anders formuliert werden. Dann wäre es eventuell eine Motion. Ein Postulat

ist ein Prüfauftrag, diesen hat der Gemeinderat erfüllt. Darum ist es korrekt, diesen Vorstoss als erfüllt abzuschreiben.

Treu Hervé, au nom du Groupe socialiste: L'eau est le constituant principal de notre corps. Donc, pour des raisons essentielles, elle est un problème essentiel. Il est dit dans les médias, qu'à la fin du siècle, la guerre sera peut-être déclarée pour posséder les sources d'eau. L'eau va donc devenir d'une importance capitale. À Bienne, nous utilisons 6,2 milliards de litres d'eau par an. Nous puisons dans le lac 4,2 milliards de litres, c'est à dire 70%. A Gimmiz et Walperswil, nous puisons 1,5 milliards de litres et à Leugenen, la petite source du côté de Boujean, nous puisons 0,5 milliard de litres. En Suisse, chaque personne utilise chaque jour 162 litres d'eau. En 2013, l'année a été internationalement considérée comme l'année de la coopération dans le domaine de l'eau. Il s'agit, au niveau du Conseil Municipal, d'une coopération. Il faut décider, si la Ville de Bienne veut coopérer ou rester pour elle. La dégradation d'une bouteille en plastique prend entre 600 et 1000 ans. C'est une estimation. Les bouteilles en plastique finissent en partie dans l'Océan Pacifique et y forment une île, dont la surface est considérable. La Chaux-de-Fonds et Genève ont décidé de promouvoir la consommation d'eau du robinet. A Bienne, nous avons une eau de qualité. Mais, nous risquons une pollution, qui peut être telle qu'il faudra se limiter à puiser l'eau dans la petite source de Leugenen. Pour cette raison, je pense qu'il est très important et même prioritaire d'adhérer à un réseau, qui doit dépasser le plan local: un réseau international ou un réseau des villes. Certaines villes s'appellent "Ville santé" parce qu'elles ont mis un accent particulier sur l'eau. Une "Ville santé" est une ville dynamique, qui prévoit un peu ce qui va se passer dans l'avenir. Il y a des entreprises, aussi en Suisse, qui guettent les sources d'eau dans tous les continents et qui essaient de s'approprier les terrains respectifs pour pouvoir mettre la main sur les sources. C'est un problème international. Pour cette raison, je vous invite à soutenir le postulat qui met l'accent entre autres sur le réseau nécessaire à développer. Notre Ville a une image basée sur l'horlogerie et le bilinguisme et nous sommes la troisième ville en Suisse pour le développement du déplacement à vélo. C'est une ville qui mériterait maintenant de mettre en avant comme image eau et santé. Le Groupe socialiste a décidé de soutenir le postulat.

Pichard Alain, GLP: Herr Grupp sprach davon, Zeichen zu setzen. An den Schulen werden bereits relativ viele Zeichen gesetzt. Vor acht Jahren gab es ein knüppeldickes Pausenverpflegungs-Konzept: Weissbrot, Gipfeli, Schokoladenstängel und Süssgetränke waren verboten. Damit erlitt dieses Projekt Schiffbruch. Dann wurde an Schulfesten der Alkoholausschank verboten. Nun soll in den Kantinen ein Vegitag eingeführt werden. Immer wird ganz ähnlich argumentiert: Die Welt sei in Gefahr, Hunger in der dritten Welt, Biel solle ein Zeichen setzen... Für mich ist das eine Entwicklung hin zu einem spiessbürgerlichen Gouvernantenstil, weil immer etwas verboten wird. Das nervt mit der Zeit, obschon die Anliegen eigentlich gut sind. Es geht aber noch weiter. Da werden 200-jährige Figuren aus einem Karussell entfernt, weil sie schwarz sind und rassistisch sein könnten. In Bern wurde verlangt, dass die über 600 Jahre alte Figur der Mohrenzunft entfernt wird, weil sie rassistisch sein könnte. Wenn ein Stadtpräsident einen dummen Witz macht, wird sofort der Rassismusartikel herbeigezogen. Das Muster ist immer gleich: Eigentlich vernünftige Anliegen entwickeln sich mit der Moralkeule zu regelrechten Kreuzzügen. Die Lehrerschaft darf nicht mehr im Schulhaus rauchen. So geht es immer weiter. Mit der Zeit wird das einfach zu viel.

Es geht im Vorstoss ja auch um Privatisierung. Niemand in diesem Saal will das Wasser privatisieren. Manchmal kommen mir solche Vorstösse vor wie Krieger mit Lanzenspitzen, die mit Huronengebrüll offene Türen einrennen. Nicht die Schweiz will das Wasser privatisieren, sondern die EU. Deshalb wollen viele nicht in die EU. Drehen Sie diese Lanze doch um und wenden Sie sich an die EU! Noch zum Beitritt: ich weiss nicht, wievielen Vereinigungen die Stadt in den sechs Jahren, während welchen ich nun Stadtrat bin, schon beigetreten ist. Es geht um Labels. Es stimmt, die Anliegen des Blue Community Netzwerkes sind gut und Biel erfüllt sie grösstenteils. Aber machen wir doch einfach so weiter! Wieso muss alles immer über ein Label ausgewiesen werden? Als grünliberaler Stadtrat, als Lehrer und frei denkender Mensch, der weder Auto fährt noch Mineralwasser trinkt, bin ich für Abschreibung des Postulats. Die darin geäusserten Anliegen sind erfüllt.

Augsburger-Brom Dana, SP: Biel soll also nirgends mehr beitreten und keine weiteren Labels anstreben. Ich finde es jammerschade, dass nicht mehr differenziert wird. Es gibt Labels, welche die Stadt zu etwas verpflichten, sie etwas kosten, und für die Projekte lanciert werden müssen. Das ist hier nicht der Fall. Biel erfüllt die Anforderungen bereits. Wasser wird weltweit immer mehr privatisiert und es wird auch damit spekuliert. Das finde ich eine Katastrophe. Deshalb erscheint es mir seltsam, dass der Stadtrat nun sagt, Biel sei privilegiert, die Stadt könne sich zurücklehnen und habe keine weitere Verantwortung. Der Stadtrat könnte vielmehr sagen, er sei stolz darauf, dass die Stadt bereits so weit ist, dass sie dem Blue Community Netzwerk angehören könnte. Für diese Organisation wäre das wichtig. Dabei geht es nicht nur darum, ein Zeichen zu setzen. Es ist ganz wichtig, dass diese Organisation Mitglieder hat und sagen kann, wieviele Gemeinwesen ihre Ansichten teilen und ihre Anforderungen erfüllen. Wenn der Gemeinderat findet, es sei alles in Ordnung und die Stadt könne sich zurücklehnen, frage ich mich, weshalb sie nicht beitreten soll. Ich möchte von der zuständigen Direktorin wissen, ob es bestimmte Gründe gegen einen Beitritt gibt. Im Weiteren möchte ich wissen, welche Rolle der ESB in dieser Frage und bei der Beantwortung des Postulats spielt.

Donzé Pablo, Les Verts: Qu'est-ce qui n'est pas raisonnable? Il ne s'agit de rien d'astreignant. Ce n'est pas un label, c'est un réseau. De quoi avez-vous peur? D'apprendre quelque chose? Si la Confédération veut réseauter, elle recrute des fonctionnaires fédéraux ou des spécialistes locaux, qui partageraient avec plaisir leurs connaissances et pourraient aussi s'enrichir pour le bienfait de notre Ville. La Ville profiterait aussi en adhérant au réseau "Blue community".

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Für mich ist diese Diskussion etwas seltsam. Der Mensch hat ein Recht auf Wasser, aber ob dieses in einer Flasche daherkommt, oder ob es aus einem Brunnen heraufgepumpt werden muss, spielt keine Rolle. Ich weiss nicht, ob ein Bewohner der Subsahara von unserem Valschwasser nicht krank würde, weil er sich an solches Wasser gar nicht gewohnt ist (*Gelächter*). Sie lachen, aber es ist so. In Afrika werden mit vielen Spendengeldern Brunnen gebaut und deren Funktion den BenutzerInnen erklärt. Nach einem Jahr ist der Brunnen kaputt und es interessiert niemanden, obwohl die Betroffenen entsprechend ausgebildet wurden. Wenn Sie Wasser aus einem solchen Brunnen trinken würden, würden Sie krank. Wir leben in einer zivilisierten Welt und haben das Glück, über sauberes Wasser zu verfügen. An Orten, wo es kein solches gibt, werden wir krank. Heute war am Radio

zu hören, dass die Japanerinnen am ältesten werden, vor den Spanierinnen und den Schweizerinnen. Soll eine Japanerin nun freiwillig auf drei Jahre Leben verzichten, nur damit die Schweizerinnen dann gleich lang leben? Es ist noch keine 100 Jahre her, da war in Europa auch nicht alles gut. Unser Wohlstand musste zuerst aufgebaut werden. Und noch etwas: Ich glaube nicht, dass das Ganze nichts kosten würden. Wenn die Grünen kommen, kostet es immer, und zwar nicht nur einen Franken. Die Grünen sind nämlich die Einzigen, die immer wieder sagen: "Hätte man die Steuersenkung nicht genehmigt, hätte man mehr Geld."

Dillier Adrian, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Zuerst möchte ich mich bei Herrn Grupp für meinen Zwischenruf entschuldigen. Nun sage ich es am Rednerpult: Ich denke, es ist nicht nötig, diesem Netzwerk beizutreten. Es geht um die Anerkennung von Wasser als Menschenrecht. Ein Recht ist etwas, das eingeklagt werden kann. Es handelt sich um ein altes Projekt der EU, über das wenig berichtet wird. Die EU möchte, dass das Wasser ein Menschenrecht wird. Dann könnte der EU-Gerichtshof fordern, die Schweiz müsse Wasser liefern. Es wurde gesagt, dass es um das Wasser Krieg geben wird. Ich hoffe nicht, dass wir das noch erleben, aber es ist nicht unwahrscheinlich. Es wird deshalb Krieg geben, weil die einen meinen, ihnen gehöre auch das Wasser aus andern Ländern. Nun ist es so, dass es Länder mit Grenzen gibt. An diese Hoheitsmacht der verschiedenen Länder glaube ich. Was sich innerhalb dieser Grenzen befindet, ist auch Gut des entsprechenden Landes. Wasser als Menschenrecht einzuführen würde einen weiteren und wichtigen Streitpunkt bedeuten. Ob es nun um Wasser oder um Menschenrechte geht, fremde Richter könnten eingreifen und fremdes Recht in der Schweiz durchsetzen. Das ist nicht erstrebenswert. Der Beitritt zu einem solchen Label leistet dem Vorschub. Im Weiteren geht es um Leitungswasser statt Flaschenwasser. Das ist wieder einmal linke Bevormundung, die niemand braucht. Dass Wasser öffentlich bleiben soll, ist offensichtlich. Auch die SVP will das. Ich werde einem Beitritt nicht zustimmen, denn er macht keinen Sinn und leistet einer Politik Vorschub, die ich nicht unterstütze.

Baltzer Niklaus, SP: Es geht um eine politische Frage, deshalb wird diskutiert. Es geht nämlich um die Frage, ob die Wasserversorgung öffentlich sein soll oder nicht (*Unruhe im Saal*). Mit dem vorliegenden Postulat soll die Seite unterstützt werden, die eine Privatisierung grundsätzlich ablehnt. Das Label möchte nämlich, dass Wasser nicht durch Private verkauft wird, sondern ein öffentliches Gut ist. Insofern finde ich das eine politische Frage, welche die Schweiz aber nicht betrifft, weil das Wasser hier öffentlich ist. Das wird aus der Antwort des Gemeinderats klar. Die politische Aussage ist deshalb nicht lokal zu verstehen, sondern global. Die globale Aussage ist, dass die Privatisierung des Wassers kein guter Weg ist. Darüber kann man geteilter Meinung sein (*Zwischenruf*). Ganz Pakistan kennt eigentlich nur einen Namen, und der heisst Nestlé. Die meisten wissen gar nicht, dass das eine Schweizer Firma ist, aber dort gibt es gar kein anderes Wasser mehr als Wasser aus Nestlé-Flaschen. Wie lange und zu welchem Preis dieses Wasser dort noch vorhanden sein wird, weiss niemand. Wenn Sie aber einem Pakistani sagen, Nestlé sei eine Schweizer Firma, wird er staunen. In der Schweiz wird ja nicht Nestlé-Wasser getrunken, sondern amerikanisches. Valschwasser wurde so viel ich weiss an die Amerikaner verkauft. Seit diesem Verkauf stört es mich, dass im Stadtrat Valschwasser angeboten wird. Warum wird nicht Wasser einer Schweizer Firma angeboten? Beim vorliegenden Vorstoss geht es darum, international darauf aufmerksam zu machen, dass die Privatisierung von Wasser in den meisten Fällen zu grossen Problemen führt,

Probleme für Personen, die zum Teil zu arm sind, um sich sauberes Wasser kaufen zu können. Das darf nicht sein. Die Aussage des Postulats ist politisch. Ich finde, mit diesem Label wird etwas Politisches unterstützt, das die Stadt nichts kostet.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Die Diskussion überrascht mich in ihrer Ausführlichkeit. Gleichzeitig hätte ich es wissen müssen, denn über Trinkwasser wird immer wieder sehr emotional diskutiert, was auch heute der Fall ist. Trinkwasser ist etwas sehr Wichtiges. Es wird knapper, und der Zugang ist für viele nicht gegeben. Das sind Realitäten, die von niemandem bestritten wurden. Global ist der Zugang zu Trinkwasser und auch dessen Privatisierung wirklich ein grosses Problem. Diese Knappheit könnte sogar einmal zu Kriegen führen, was von Links und Rechts anerkannt wurde. Es stellt sich nun die Frage, wie damit umgegangen werden soll, und welche Einflussmöglichkeiten die Stadt hat. Der Gemeinderat sagt in seiner Antwort, dass die Stadt drei von vier Punkten mehr oder weniger erfüllt. Der Punkt betreffend Leitungswasser statt Flaschenwasser wird noch nicht ganz erfüllt. Auch im Stadtrat stehen immer Flaschen. Trotzdem steht Leitungswasser in guter Qualität zur Verfügung. Bei Sitzungen stelle ich oft fest, dass die Teilnehmenden Leitungswasser wünschen. Die Punkte betreffend Menschenrecht und Privatisierung sind sowohl in der Schweiz als auch in Biel klar geregelt. Von dem her kann man zum Schluss kommen, das Postulat erheblich zu erklären. Der Gemeinderat schlägt aber die gleichzeitige Abschreibung vor, vor allem auch wegen dem letzten Punkt betreffend der Pflege von Public-Public Partnerschaften. Zwar pflegt der ESB einen gewissen internationalen Austausch. Dabei geht es aber nicht um einen fachlichen Austausch mit Personen in Afrika, Asien oder Südamerika. Vielmehr geht es um punktuelle Unterstützung von gewissen Projekten. Gerade hat der ESB ein Projekt in Madagaskar unterstützt. Ein Fachpersonenaustausch, wie ihn das Label fordert, findet nicht statt, und sowohl der ESB als auch der Gemeinderat sind dabei relativ zurückhaltend. Wenn die Stadt Bern sagt, die Mitgliedschaft bei diesem Netzwerk koste sie nichts, scheint mir die Umsetzung etwas halbherzig. Wenn die geforderten Punkte ernst genommen werden, kostet es etwas. Man kann dafür sein und etwas investieren, weil dieser Austausch wichtig scheint. Aber zu sagen, die Stadt solle dem Netzwerk ohne Folgen beitreten (ausser dass Biel auf einer Liste erscheint), ist für den Gemeinderat keine Option.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass Biel nur dort Mitglied werden sollte, wo die Stadt auch direkt etwas beeinflussen kann. Er ist mit Beitritten relativ restriktiv. Biel hat gewisse Labels wie beispielsweise das Energiestadt-Label. Bei solchen Labels kann die Stadt Einfluss nehmen und etwas umsetzen. Der Gemeinderat sieht für Beitritte, die keine Aktivität zur Folge haben (und das wäre vorliegend der Fall) keinen Nutzen.

Es wurde gesagt, das Postulat solle nicht abgeschrieben werden, weil die Stadt bei einem Beitritt "schlank durchkäme". Das stimmt. Aber wie ich vorhin erklärt habe, will der Gemeinderat nicht irgendwo beitreten nur um des Beitritts willen. Deshalb beantragt der Gemeinderat, das Postulat zwar erheblich zu erklären, aber auch als erfüllt abzuschreiben. Es wurde richtig erwähnt, dass es sich bei einem Postulat um einen Prüfungsauftrag handelt. Die Kompetenz für einen allfälligen Beitritt liegt beim Gemeinderat. Die zu erwartenden Kosten liegen sicher unter CHF 300'000.-. Deshalb wäre ein Beitritt auch nicht in der Kompetenz des Stadtrates. Der Gemeinderat hat das Anliegen geprüft und kam aus den vorhin erwähnten Gründen zum Schluss, das

Postulat sei erheblich zu erklären und abzuschreiben. Dem Gemeinderat ist sich jedoch bewusst, dass die Wasserproblematik wichtig ist. In diesem Sinn bitte ich den Stadtrat, den Antrag des Gemeinderats zu unterstützen.

Augsburger-Brom Dana, SP: Meine Frage wurde noch nicht beantwortet. Welche Rolle spielt der ESB bei dieser Entscheidung, und welche Interessen hat er dabei?

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Entschuldigung, ich war der Meinung, ich hätte die Antwort auf diese Frage in meinem Votum gegeben. Den ESB habe ich angesprochen. Ein solcher Fachaustausch, wie ihn das Label fordert, müsste vom ESB gepflegt werden. Die Stadt könnte das nicht. Das entsprechende Fachwissen ist beim ESB. Der Austausch müsste also zwischen dem ESB und den betroffenen Ländern und Projekten stattfinden. Der ESB sieht darin keinen Nutzen und äusserte sich dazu auch nicht positiv. Vielmehr möchte der ESB seinen Weg weitergehen, auf dem er punktuell Projekte unterstützt, aber keine Fachpartnerschaften mit verschiedenen Ländern oder Städten eingeht.

Vote

- sur la proposition du Groupe des Verts de ne pas radier du rôle le postulat

La proposition est refusée, en conséquence le postulat est adopté et radié du rôle.

94. Interpellation 20130404, Dana Augsburger-Brom, Caroline Jean-Quartier et Daniel Hügli, Groupe socialiste, "Salaires minimaux contraignants - conséquences au niveau communal"

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 5)

Les interpellant(e)s ne sont pas satisfait(e)s de la réponse.

Hügli Daniel, SP: Die Interpellierenden sind von dieser Antwort nicht befriedigt. Ich brauchte noch nie so wenig Zeit, um eine Antwort des Gemeinderats zu lesen, denn sie fällt dürftig aus. Einzig die Frage 8 wird etwas ausführlicher beantwortet. Der Gemeinderat geht jedoch nicht auf die Frage ein, er bezieht sich nur auf die Konformität bezüglich Gesamtarbeitsverträge, nicht aber auf den in der Interpellation erwähnten Betrag. Die Interpellierenden werden eine Motion einreichen, mit der sie verlangen, dass die Stadt das Nötige unternimmt, um in nächster Zeit über mehr Daten zu diesem Thema zu verfügen.

Haueter Joël, SVP: Ich möchte die Interpellierenden bitten, damit aufzuhören, auf Kosten der Verwaltung, die sowieso schon überlastet ist, Abstimmungskampf zu betreiben.

Hügli Daniel, SP: Ich danke für diesen Hinweis, kann mir aber nicht vorstellen, dass diese Antwort viel gekostet hat.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich kann es mir nicht verklemmen, noch kurz zu antworten. Sollten die gestellten Fragen in Zukunft vertieft beantwortet werden müssen, wird es sehr viel kosten. Wahrscheinlich wird das aber auch künftig nicht möglich sein, denn die erforderlichen Daten sind in der Stadt gar nicht vorhanden. Das könnte der Gemeinderat auch nicht ändern. Diese Daten zu beschaffen, wäre mit einem grossen Aufwand verbunden, wenn es überhaupt möglich ist. Die Interpellierenden sollten sich die Frage stellen, ob es sich wirklich lohnt, in diese Richtung weiterzugehen. In diesem Sinn möchte ich an sie appellieren, sich die Einreichung der von Herrn Hügli angekündigten Motion nochmals zu überlegen, dies auch im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Nutzen.

95. Interpellation 20130405, (Roland Gurtner, Passerelle) Dana Augsburg-Brom, SP, "Pratique de naturalisation de la Ville de Bienne"

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 6)

L'interpellant est satisfait de la réponse.

Augsburger-Brom Dana, SP: Dieses Geschäft wurde mir offiziell zugeordnet, weil ich nach Herrn Gurtner die nächste Unterzeichnende war. Ich habe den Vorstoss übernommen, damit darüber noch eine Diskussion geführt werden kann. Herr Gurtner hatte sicher einen Grund, nach diesen Zahlen zu fragen. Ich nehme an, dass er sie auswerten und das weitere Vorgehen mit Frau Tennenbaum absprechen wird. Ich bin zuversichtlich, dass dieser Vorstoss Folgen haben wird. Die Fraktion SP hat die Beantwortung besprochen. Die Zahlen haben sich verändert, seit die gesetzlich festgelegten Abläufe geändert wurden. Ich finde es dienlich, wenn bei Themen, über die immer gesprochen wird und trotzdem niemand so recht Bescheid weiss, konkrete Zahlen vorgelegt werden. Auf Seite 3 ist von einem strafrechtlichen Leumund die Rede. Ist das das Gleiche wie ein Auszug aus dem Strafregister?

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Das ordentliche Einbürgerungsverfahren ist ein Labyrinth, bei dem es schwierig ist, den Eingang zu finden und bei dem man nie weiss, wo, wann und wie man wieder herauskommt. Die wenigen in der vorliegenden Interpellation gestellten Fragen wurden beantwortet und auf meine Nachfrage auch näher erläutert. Dafür möchte ich Herrn Feurer bestens danken. Erlauben Sie mir aber trotzdem einige Bemerkungen:

Wer ein Einbürgerungsgesuch stellt, sollte Anrecht auf ein korrektes und faires Verfahren haben. Leider bleibt das Verfahren in der konkreten Praxis ein Buch mit sieben Siegeln. Mängel bestehen nach wie vor in Bezug auf die Transparenz, die Entscheidpraxis, die Statistik und materielle Kriterien. Bei Betrachtung der Statistik über die in den letzten zehn Jahren eingereichten Gesuche kann ein erheblicher Einbruch der Gesuche ab 2009 festgestellt werden, zum Teil weit über 50%. Wie ist das zu erklären? Das müsste auch dem Gemeinderat zu denken geben, denn die Zahlen waren ja vorher auch nicht berauschend hoch. Die Prüfung beim Zivilstandsamt ist nicht Teil des Verfahrens und wird vom Kanton vorgegeben. Viele Gesuchstellende meinen jedoch, nachdem diese Abklärung erfolgt ist, sei das Gesuch bereits formell eingereicht. Wäre diese Abklärung Teil des Verfahrens, was

aufgrund der Dreistufigkeit Gemeinde - Kanton - Bund administrativ Sinn machen würde, wäre allen gedient. Leider ist es auch eine Tatsache, dass Gesuchstellende vielfach keine Eingangsbestätigung erhalten und nicht wissen, wann sie mit einer Antwort von wem rechnen können, auch wenn von Seiten der Verwaltung das Gegenteil behauptet wird. Nicht konkret beantwortet wird, was nebst den formalen Prüfungen wie Strafregister, Wohnsitzdauer, Bestätigung des Einbürgerungstests, Sprachkenntnissen und so weiter zusätzlich genau geprüft wird, und wieso die Stadt pro Gesuch so viel Zeit braucht. Auf Nachfrage wurde mir mitgeteilt, dass die Einbürgerungswilligen zu einem Gespräch eingeladen werden und sich die zweijährige Dauer des Verfahrens auf alle drei Ebenen bezieht. Die Stadt selber brauche etwa ein Jahr für die Bearbeitung, was immer noch lang ist. Was die Gebühren betrifft, darf ja ausschliesslich der administrative Aufwand der Verwaltung für die Prüfung des Gesuchs in Rechnung gestellt werden. CHF 900.- bis 1'500.- pro Gesuch sind ein stolzer Betrag für eine Leistung, die aufgrund der Antwort nur bedingt nachvollziehbar ist. Werden alle Kosten der drei staatlichen Ebenen inklusive Tests, Zivilstandsamt, Kursgebühren etc. zusammengezählt, kommt eine Einzelperson rasch auf CHF 3'500.- bis 5'000.-. Für eine Familie wird eine Einbürgerung je nach dem unerschwinglich, was auch den Umstand erklärt, dass Zahlungen in Raten erfolgen müssen. Das Verblüffendste an der gemeinderätlichen Antwort sind für mich aber zwei Punkte:

1. Es wird von 127 Gesuchen gesprochen, auf die nicht eingetreten wurde. Dafür werden jedoch Gründe genannt, die erst bei einer Prüfung festgestellt werden können. Also wurde de facto doch auf das Gesuch eingetreten, sonst hätte nicht festgestellt werden können, ob der strafrechtliche Leumund, Schulden oder eine zu kurze Wohnsitzdauer vorliegen. Diese Gesuche sind zudem Teil der eingereichten Gesuche und somit Teil der Statistik, wie mir bestätigt wurde. Wie kann auf ein Gesuch nicht eingetreten werden, wenn gerade für dieses Nichteintreten trotzdem materielle Gründe genannt werden? Das entzieht sich meiner Logik und ist rechtlich höchst fragwürdig.
2. Der Gemeinderat schreibt, in den letzten zehn Jahren sei es zu keinen Ablehnungen gekommen. Es könnte also davon ausgegangen werden, alles laufe positiv und sei bestens. Tatsache ist jedoch, dass die Verwaltung den Gesuchstellenden nahelegt, ihr Gesuch zurückzuziehen, wenn sie der Ansicht ist, es würde abgelehnt. Damit wird ein negativer Entscheid vermieden, der den Gesuchstellenden ein Rechtsmittel für einen Rekurs gäbe...

Suter Daniel, président du Conseil de ville: Madame Tennenbaum, votre temps de parole touche à sa fin.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: ...Wir leben in einem Rechtsstaat, der für alle gilt. Einen Entscheid auf ein Gesuch zu erhalten und diesen allenfalls anzufechten, muss für Zugewanderte wie Einheimische gleichermassen gelten. Die Spielregeln müssen klar und transparent sein.

Simon Fatima, Les Verts: Dans la réponse du Conseil municipal, il est mentionné le nombre de demandes de naturalisation déposées, traitées, acceptées ou qui sont en cours de traitement ainsi que celles où l'on n'est pas entré en matière entre 2003 et 2013. J'aimerais savoir, combien de demandes de naturalisation ont été déposées ces quatre derniers mois?

Grupp Christoph, Grüne: Bei der Prüfung dieser statistischen Zahlen fällt auf, dass in den letzten Jahren die Anzahl pender Gesuche zugenommen hat. Das ist sicher mit der Prozessdauer zu begründen. Ich spüre aber aus diesen Zahlen, dass sich die Pendenzen anhäufen. Kann das der zuständige Direktor bestätigen?

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: La mise en oeuvre de l'initiative Erich Hess, "Pour des naturalisations démocratiques", qui a été acceptée par le peuple en décembre de l'année passée a amené le Canton à clarifier diverses questions juridiques. Le Canton a informé les communes, que durant l'année 2014 les directives adaptées et les formulaires allaient être publiés. Nous avons reçu ces documents il y a seulement deux mois. Pour cette raison, le Service de la population n'a pas accepté, pour un certain moment, les demandes de naturalisation. Au mois d'avril, le Conseil municipal a décidé d'accepter de nouveau les demandes. Depuis le mois d'avril et jusqu'à ce jour, le Service de la population a reçu cinq demandes de naturalisation. Il a dû les renvoyer parce qu'entre-temps le nouveau formulaire du Canton est arrivé et les requérant(e)s ont dû remplir le nouveau formulaire. C'est pour ces raisons, que le Service de la population n'a actuellement pas beaucoup de demandes. Zu den weiteren Bemerkungen: Frau Tennenbaum hat angemerkt, das Einbürgerungsverfahren komme ihr vor wie ein Labyrinth. Bevor ich in die Exekutive gewählt wurde, habe ich einige Personen bei ihrem Einbürgerungsverfahren begleitet und konnte ein paar Erfahrungen mit diesem Labyrinth machen. Ich kann die Bedenken und Sorgen von Frau Tennenbaum durchaus nachvollziehen. Der Prozess ist manchmal nicht einfach verständlich. Diese Aufgabe ist auch für die zuständige Behörde durchaus anspruchsvoll. Das ist auch der Grund, weshalb bei der Dienststelle Bevölkerung eine für das Einbürgerungsverfahren spezialisierte Person arbeitet. Es stimmt auch, dass diese Verfahren in den letzten Jahren nicht einfacher wurden. Es ist mir aber persönlich wichtig, den Eindruck zu vermeiden, die Gesuche würden willkürlich bearbeitet. Die Gesuchstellenden sollen ein Recht auf ein ordentliches und faires Verfahren haben. Es gibt keine Tendenzen, willkürlich Einfluss zu nehmen, das möchte ich in aller Deutlichkeit festhalten. Frau Tennenbaum hat darauf hingewiesen, dass die Einbürgerungsgesuche ab 2009 massiv eingebrochen sind. Damals war ich noch nicht im Gemeinderat und ich musste die damals zuständige Direktorin fragen. Sie wies mich darauf hin, dass ab diesem Jahr neue Kriterien dazukamen. So wurden Einbürgerungskurse und eine Sprachstandsanalyse obligatorisch. Das sind gewisse Erschwernisse, die dazu führten, dass weniger Personen die verlangten Erfordernisse erfüllten. 2011 stiegen die Gesuche dann wieder an. Es brauchte für die Einbürgerungswilligen Zeit, diesen Kurs zu besuchen oder die Sprachstandsanalyse durchzuführen. Das sind Gründe, weshalb sich die Statistik so entwickelt hat. Herrn Grupp's Frage habe ich nicht mehr im Kopf...

Grupp Christoph, Grüne: Aufgrund der statistischen Zahlen habe ich den Eindruck, die Pendenzen nehmen zu. Ich nehme an, dass es einen Überhang an pendenten Gesuchen gibt und dass sich dadurch unter Umständen auch die Prozesse verlängern. Ist das richtig?

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Die noch bestehenden Pendenzen haben tatsächlich mit dem Abarbeitungsprozess zu tun. Die Gesuche vor 2010 sind alle erledigt, deshalb gibt es ab 2009 keine Pendenzen mehr. Ab 2010 nimmt dann die Anzahl hängiger Gesuche jährlich zu. Das hat aber nicht mit der Länge der Bearbeitung zu tun, sondern hat einen natürlichen Zusammenhang mit der

Behandlung der Gesuche. Die lange zurückliegenden Gesuche sind grösstenteils abgearbeitet, bei den neueren sind noch mehr offen.

96. Interpellation 20130409, Sandra Schneider, UDC, "Les lutteurs et les recrues du sport d'élite sont-ils encore bienvenus à Bienne "Ville du sport"?"

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 7)

L'interpellante est satisfaite de la réponse.

Schneider Sandra, SVP: Ich möchte dem Gemeinderat herzlich danken für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Fragen wurden zufriedenstellend und ausführlich beantwortet. Ich hoffe, dass sich alle Partner an die vereinbarten Regelungen halten werden.

Suter Daniel, président du Conseil de ville: Ainsi, nous arrivons au terme de l'ordre du jour. Je vous remercie de votre engagement et de votre attention. La séance est close.

97. Nouvelles interventions

20140128	Interpellation Pablo Donzé, Groupe Les Verts	ASS
	Gens du voyage	MAI
	Fahrende	DFI
20140129	Postulat Urs Känzig, Fraktion Grüne	BEU
	Verbessern der Sicherheit auf dem Schulweg	DSS
	Améliorer la sécurité sur le chemin de l'école	BKS
20140130	Postulat Sandra Schneider, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen	SRB
	Interessenbindungen offenlegen!	
	Signaler les intérêts!	
20140131	Motion Daniel Hügli, Fraktion SP	PRA
	Bieler Lohn-Barometer	
	Baromètre biennois des salaires	
20140132	Überparteiliche Motion Reto Gugger, BDP, Monique Esseiva, CVP, Leonhard Cadetg, FDP, Nathan Güntensperger, GLP	FID
	Marktübliche Mietzinse für städtische Wohnliegenschaften	
	Loyers conformes au marché pour les immeubles d'habitation municipaux	

Fin de la séance / Schluss der Sitzung: 20.30 heures / Uhr

Le président du Conseil de ville / Der Stadtratspräsident:

Daniel Suter

La secrétaire parlementaire / Die Ratssekretärin:

Regula Klemmer

Protokoll:

Katrin Meister

Lilian Stähli

Procès-verbal:

Simone Bonjour

Claire-Lise Kirchhof